

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.—.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Beitzseite oder deren Raum für Geisenheim
25 €, auswärtiger Preis 30 €. Reklamezeile 90 €. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 102.

Dienstag den 31. August 1920.

20. Jahrgang.

Unsere Getreideversorgung.

Wie sich die Dinge im letzten Jahre stellten.

Die Reichsgetreidestelle streitet sich in der Presse mit Angriffen herum, die sie mit Getreidebeschreibungen in der schlesischen Grenze nach Tschechien in Verbindung bringen wollen.

Aus diesen Darlegungen ist eine Art Abrechnung über die vorjährige Ernte interessant, weil sie einen Überblick über die gegenwärtigen Erntemöglichkeiten darstellt.

1919 wurden geerntet 151 540 000 Zentner Brotgetreide. Die amtliche Schätzung betrug 147 160 914 Zentner. Der Bedarf der Selbstversorger betrug 57 440 000, der Bedarf für Saatgut 21 480 000, für die Versorgungsberechtigten in selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden waren abgezogen 51 200 000 Zentner. Die Ablieferungspflicht an die Reichsgetreidestelle umfaßte 41 420 000 Zentner. Demgegenüber war der Bedarf der Reichsgetreidestelle für die Versorgungsberechtigten in nicht selbstwirtschaftenden Kommunalverbänden 51 200 000 Zentner, für Heer und Flotte 1 086 000 Zentner, für Betriebe (?) 2 856 820 Zentner. Es verblieb demnach ein Fehlbetrag von 13 722 860 Zentner. Von dem Ablieferungssoll an die Reichsgetreidestelle in Höhe von 41 420 000 Zentner waren bis August d. J. 37 334 300 Zentner abgeliefert. Der Fehlbetrag von 13 722 860 Zentner gleich 686 143 Tonnen wurde durch Auslandsimporten gedeckt. Die amtliche Schätzung ist um rund 4 380 000 Zentner niedriger, als der von der Reichsgetreidestelle angenommene Ernteertrag. Unter Berücksichtigung des amtlichen Ernteertrages würde sich der Fehlbetrag um rund 1 380 000 Zentner erhöhen.

Die Einfuhr hat nach dieser Darlegung somit 11 Prozent ausgemacht.

Nach der Reichsstatistik betrug die Erntemenge 1913, als der Boden noch in guter Düngung stand, bei Roggen 12,2, bei Weizen 4,6 Millionen Tonnen, zusammen also 16,8 Millionen Tonnen a 20 Zentner = 336 Millionen Zentner. 1913 war allerdings ein ganz ungewöhnlich gutes Jahr. 1917 waren es noch 14,3 = 286 Millionen Zentner. Immerhin ist infolge der Verelendung des Bodens, infolge der schlechten Bearbeitung im Kriege, der großen Verunfruchtung in jenen Jahren, dann infolge des großen Mangels an gründerlicher künstlicher Düngung, die den Ertrag unserer Acker in den letzten Jahrzehnten stellenweise auf fast das Doppelte gehoben hatte, der Ernteertrag auf fast die Hälfte herabgegangen. Daran erkennt man, wie notwendig die Streiks bei den Stickstoffwerken auf die Versorgung der Bevölkerung mit Brot eingewirkt haben.

Wochenbericht des Landwirtschaftsrats vom 21. bis 27. August 1920.

Am Weltmarkt ist die Gesamtheit der Ernte-Ergebnisse noch immer wenig durchsichtig und daher auch die Geschäftslage schwer zu beurteilen. In den Vereinigten Staaten und Canada sind die Durchschnittserträge des Winterweizens über Erwarten hoch. Der Hauptfaktor für die internationalen Marktverhältnisse liegt aber natürlich in dem Umfange der europäischen Nachfrage und in dieser Beziehung scheint man, nach amerikanischen Fachblättern zufolge, nicht allzu optimistisch zu sein. Denn im allgemeinen rechnet man mit durchschnittlich nicht ungünstigen Ernteergebnissen der europäischen Bedarfsgebiete und ist darauf gefaßt, daß bei hohen amerikanischen Forderungen Europa vorläufig nach Möglichkeit mit seinen eigenen Ernten behelfen und die Hauptanschaffungen hinausschieben, bis man auch über die Erträge der Winterernten auf der nördlichen Halbkugel, in Argentinien und Australien, Klarheit hat. Die letztwöchentlichen Nachrichten von La Plata (Argentinien) sind keineswegs günstig. Die bisherigen Niederschläge daselbst waren ungenügend.

An die deutsche Landwirtschaft.

Berlin, 28. August. Der Abbau der Zwangswirtschaft ist auf vielen Gebieten erreicht. Nach dem Beschlusse des Reichstagsausschusses vom 17. August soll auch die Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch zum 1. Oktober aufgehoben werden, wenn es gelingt, bis dahin eine Getreidereserve von zwei Millionen Tonnen zu schaffen. Damit ist die Entscheidung über einen weiteren bedeutenden Schritt zur Befreiung der deutschen Wirtschaft in erster Linie von der eigenen Leistung der Landwirtschaft abhängig gemacht.

Das ungewöhnliche zeitliche Zusammentreffen der gesamten Halbminderungen, der Mangel an Kohle, an elektrischer Betriebskraft und der unzufriedenstellende Körnerertrag haben eine bessere Anlieferung von Brotgetreide bisher verhindert. Die Öffentlichkeit muß diese widrigen Umstände gerecht würdigen. Die Regierung muß ihnen Rechnung tragen; sie muß alle notwendigen Maßnahmen treffen, um die Ablieferungsmöglichkeiten zu sichern. Die beruflichen Vertreter der deutschen Landwirtschaft werden mit allem Nachdruck auf die Erfüllung dieser Forderung hinwirken.

Die Landwirte müssen alle Kräfte anspannen, um das geforderte Ziel zu erreichen. Das liegt wie im allgemeinen, so im dringenden eigenen Interesse der Landwirtschaft. Es würde für den gesamten Abbau der Zwangswirtschaft ein schweres Hindernis sein, wenn die Aufhebung der Fleischwirtschaft an unzureichender

Unterbringung von Brotgetreide scheitern sollte. Zugleich ist die schnellste Anlieferung genügenden Brotkorns aber auch eine zwingende vaterländische Pflicht. Das Vorkommen von Späa bedroht uns mit schweren politischen und wirtschaftlichen Gefahren. Wird es nicht erfüllt, dann fällt das Ruhrgebiet in die Hand unserer unversöhnlichen Feinde, eine Wirtschaftskatastrophe von unabsehbarer Tragweite müßte die Folge sein.

Um dieses Unheil abzuwenden, haben die deutschen Bergarbeiter sich zu freiwilliger Höchstleistung bereit erklärt. Die notwendige Mehrleistung ist bedingt durch entsprechende Ernährung. Vor allem braucht der Bergmann bei seiner Arbeitsweise unter Tag reichliches und besseres Brot. Es rechtzeitig vom Auslande heranzuschaffen, ist unmöglich. Nur die deutsche Landwirtschaft kann helfen. Sie muß zu ihrem Teil alles daran setzen, damit noch schwereres Unheil von unserer Volkswirtschaft abgewehrt wird. Das Schicksal des ganzen Vaterlandes liegt wieder vornehmlich in der Hand des deutschen Landwirts. Die deutschen Landwirte werden und müssen in bewährter vaterländischer Gesinnung alles aufbieten, unsere wirtschaftliche und nationale Unabhängigkeit zu retten.

Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft. — Reichsverband der deutschen Landwirtschaft. — Bund der Landwirte. — Deutscher Landbund. — Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft. — Generalverband der deutschen Reichslandwirtschaften. — Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften. — Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen. — Vereinigung der deutschen Bauernvereine.

Das Chaos in Oberschlesien.

Von Stunde zu Stunde verworren.

Von vielen der jetzt einlaufenden Meldungen ist es wohl anzunehmen, daß sie schon einige Zeit alt sind. Trotzdem läßt die steigende Häufung der Unruhemeldungen auf eine wachsende Erschwerung der Lage schließen.

Zwangsaushebungen für Polen.

Männliche Wallfahrer in Genshofen sind von den Polen zurückgehalten worden. Im Krakauer „Kurjer Sobotny“ heißt es, daß sich in Polen in den letzten Tagen zum Freiwilligendienst 100 000 Soldaten, darunter 30 000 Oberschlesier, „freiwillig“ gemeldet haben. Ob diese 30 000 Oberschlesier alle so „freiwillig“ in den Dienst getreten sind, wie vornehmlich jetzt die zurückgehaltenen Wallfahrer, bleibt abzuwarten.

Ein aus Polnisch-Neukirch gebürtiger, im Rüstschacht beschäftigter Arbeiter teilte mit, daß ein Arbeitskollege von ihm durch Handgranaten von den Polen getötet worden sei, und selbst die Leiche dieses Mannes bearbeiteten die Polen dann noch mit eisernen Haken. Kleine Kinder kamen mit Handgranaten und trugen diese den Polen zu.

Generaldirektor Radlik ist seinen durch die Polen erlittenen schweren Verletzungen erlegen.

Unter anderem überfielen bewaffnete Banden das Schloß Brynol und plünderten es aus.

An der Wegekreuzung Kamiu-Deutscher-Pielar wurde ein unbewaffneter Deutscher von vier bewaffneten Polen ohne jeden Grund für verhaftet erklärt. Während dieser Verhaftung gingen zehn französische Soldaten vorüber, ohne gegen die Verhaftung oder die Bewaffnung der Polen etwas zu unternehmen.

In Berlin hat der Reichspräsident einen Delegationen zug für Oberschlesien untersagt.

Beschleunigte Abstimmung in Oberschlesien?

Nach einer Meldung des „Oberschlesischen Kuriers“ wurde die internationalisierte Kommission in Oppeln vom Obersten Rat in Paris aufgefordert, Vorschläge betreffend eine schnellere Vornahme der Abstimmung zu machen.

Der Ausfall der Kohlenförderung in Oberschlesien infolge des polnischen Aufstandes beträgt bereits 10 000 Tonnen.

Großartige Mißhandlungen der Deutschen.

Aus den zahllosen Einzelheiten über rücksichtslosste Mißhandlungen Deutscher seitens der Polen sei hier nur ein Fall herausgegriffen, der von einem sicher urteilsfähigen Mann stammt. Oberlehrer Wilhelms M. aus Wittos berichtet:

Am Dienstag, 24. August, wurde ich vormittags um 10 Uhr von bewaffneten polnischen Banden verhaftet. Auf der Straße standen bereits fünf deutschgefunzte Leute, die ebenso wie ich, von den Insurgenten verhaftet worden waren. Wir wurden nach Groß-Dombrowa in das Ludwigische Gasthaus geführt. Hier wurden wir rücksichtslos mit Häuten, Rohrstöcken usw. geschlagen, ganz gleich, wo die Schläge hinfielen. Vom Ludwigischen Lokal aus wurden wir nach dem früheren Jozefaschen Gasthaus geführt. Dort tranken die Insurgenten zunächst eine Anzahl Schnäpse. Wir mußten uns nebeneinander an die Wand stellen und wurden von den Insurgenten abermals schwer mißhandelt: ins Gesicht geschlagen, mit Knäpeln bearbeitet, getreten usw. Wir mußten darauf hinführen und „Heimatsfrei!“ ausrufen. Dann erhielten wir wieder

eine ganz gehörige Tracht Prügel. Darauf mußten wir „Es lebe Polen!“ rufen. Wer das nicht tat, wurde wieder mißhandelt. Die Mißhandlungen gingen so weit, daß wir ohnmächtig wurden. Von Sowalla aus wurden wir sechs Mann nach Baingow geführt und hier wiederum jämmerlich geschlagen, bis das Blut floss und wir blutüberströmt zusammenbrachen.

Französische Waffen für die Polen.

Wie ein vertrauenswürdiger Zeuge aus Moskau berichtet, besteht dort zwischen den Polen und den Franzosen eine Abmachung, wonach die Insurgenten unbrauchbare Schusswaffen bei den französischen Truppen gegen gute Gewehre austauschen können.

Ein unerträgliches Unrecht der Entente.

Der Führer der polnischen politischen Partei und Gewerkschaften erhielten am Donnerstag von der internationalisierten Kommission die bindende Zusage auf Erfüllung ihrer Forderungen, die sich auf folgende Punkte beziehen:

1. Entfernung der Sicherheitspolizei.
2. Ausweisung der im letzten Jahre zugewanderten nicht gebürtigen Oberschlesier.
3. Bildung einer paritätischen Bürgerwehr.

Mit der Entfernung der Sicherheitspolizei wurde Kretzka nach begonnen.

In Oberschlesien sind bis jetzt fünf deutsche Zeitungen verboten worden.

Bei Himmelsitz wurde die Verwendung von Dumdum-Geschossen auf Seiten der polnischen Insurgenten festgesetzt.

Die Bolschewiken-Niederlage endgültig?

Der polnische Siegesbericht

lautet: „Der polnische Sieg kann als endgültig betrachtet werden. Das bolschewistische Heer ist vollständig geschlagen. Es leistet nur noch an einigen Punkten verzweifelter Widerstand. Täglich machen wir Tausende von Gefangenen, die bis jetzt 70 000 Mann erreicht haben. Arbeiter und Bauern nehmen voll Erbitterung und Mut an den siegreichen Kämpfen der Armee teil. Die mit Sensen und Gabeln bewaffneten Bauern begleiten jeden Tag die Gefangenen in das Stappengebiet. Wir machten ungeheure Beute. Mit der Einnahme von Bielsko wird dem bolschewistischen Heer der Rückzug vollständig abgeschnitten.“

England traut dem Braten nicht.

Die offiziöse „Westminster Gazette“ warnt die Polen: „Der polnische Erfolg ist auffallend und blendend, aber er wird zu einem Unglück werden, wenn er die Polen gegenüber den ungeheuren militärischen Hilfsmitteln Russlands blind macht und ihnen die Erkenntnis verschleiert, daß sie bei einem offensiven Vorgehen gegen den großen Nachbarstaat nicht siegen können.“ — Auch die größte englische Zeitung des Nordostens, die „Times“, setzt diese Warnungen fort: „Die Polen werden an hundertfältigen, aber unbedacht ihren Ratgebern, die sie zu fraglichen Abenteuern verleiten wollen, keinen Mangel haben. Diese bössartigen, aber nicht weniger eifrigen Ratgeber sinnen auf den Untergang, der einen übermächtigen Ehrgeiz zu belohnen pflegt.“

Und Nordamerika?

Die polnische Presse verbreitet erfreut die Meldung, soeben habe das amerikanische Schiff „Warszawa“ den Hafen von Antwerpen mit Munition an Bord verlassen und sei nach Danzig abgefahren. Die Polen dürfen daraus aber nicht folgern, daß ernsthaft Hilfe von „draußen“ zu erwarten sei. Die Vereinigten Staaten sind durchaus gegen die Sowjets, aber dem Gedanken eines Krieges gegen sie stehen sie ebenso kühl gegenüber, wie England es zu tun scheint. Man weiß hier, daß man nicht kämpfen kann, und man bezweifelt die Kraft aller Allierten zu diesem Kampf.

Die Lage der russischen Armee.

Berliner Büllet, der verläßt die Bolschewiken-Interessen verfolgen, wußten in der letzten Zeit immer wieder von einer Neuaufrüstung der Russen zu melden, die einen Rückschlag für die Polen bringen werde. Das scheint aber nicht zu stimmen: Das russische Zentrum, das bisher am stärksten Widerstand leistete, geht zurück. Pinski liegt bereits im Bereich des Artilleriefeuers, wird jedoch von den Russen gehalten, um den Rückzug zu decken. Die bei Bielsko geschlagenen Russen entweichen auf Slonin, auf dem Wege nach Minsk.

Der Befehlshaber der russischen Nordarmee hat Verhandlungen mit dem General Sikorski über die völlige Kapitulation seiner Armee angeknüpft.

Fünf russische Divisionen, die soeben von Sibirien eingetroffen sind, haben gemeutert und sich geweigert, auch nur einen Schritt vorwärts zu tun. Die militärische Situation sei dort hoffnungslos. General Budjenny zieht sich östlich zurück, die Gefahr für Omsk sei akuten.

Blockade gegen Rußland.

Die Offsee-Warte erfährt aus gut unterrichteten Offizierskreisen, daß die Entente — einschließlich der Vereinigten Staaten — eine internationale Aktion in der Offsee vorbereitet. Ein englisches und französisches Geschwader wird zwischen Memel und Danzig zusammengezogen. Dieses Geschwader hat die Aufgabe, die effektive Blockade gegen Rußland durchzuführen.

Polens Friedensbedingungen.

Der dem Außenminister Sapieha nahestehende „Gazet“ nennt als Hauptpunkte der polnischen Friedensbedingungen:

1. Anerkennung der äußeren und inneren Unabhängigkeit Polens.
2. Zuerkennung einer Ostgrenze, bei der alle Gebiete mit überwiegend polnischer Bevölkerung oder polnischer Kultur an Polen fallen.
3. Dauernde Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen. Die Unabhängigkeit Litauens und Weißrusslands muß insoweit gewährleistet werden, daß nicht die Gefahr einer Abhängigkeit von Sowjetrußland besteht. Um dies zu erreichen müßten diese Randstaaten vielleicht vorläufig unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden.

Ein russischer Sieg?

Die Bolschewiki meinen einen Sieg über die Polen in der Nähe der ostpreussischen Grenze. Die Polen, die nach Norden vorrückten, um die roten Truppen, die im polnischen Korridor operiert hatten und die etwa 30 000 Mann stark waren, abzuschneiden, wurden gänzlich unerwartet mit ungeheurer Wucht von drei bolschewistischen Divisionen angegriffen und infolge der Plötzlichkeit des Angriffs fast völlig überrollt.

Die „Morning Post“ meldet über Helsingfors aus bolschewistischer Quelle, daß die russische Regierung alle Vorbereitungen treffe, um eine neue Offensive zu ergreifen. Im russischen Hinterlande werden fieberhafte Rüstungen und Aushebungen vorgenommen. Ein neues russisches „Militärheer“ soll in kürzester Frist „schlagfertig und angriffsbereit sein“.

Die „Freiheit“ in Rußland.

Der russisch-jüdische Berichterstatter berichtet nach dem „Vorwärts“ auf Grund seiner Reise nach Moskau:

„Moskau wird abgelehnt durch Emporheben der Hände, so daß alle die gegen die Regierung stimmen, gezeichnet sind. Zweitens kann kein Kandidat, der nicht kommunistisch ist, etwas gedruckt bekommen. Drittens kann er in keiner Versammlung sprechen, da die Hallen alle dem Staat gehören. Die ganze Presse ist natürlich amtlich. In Landbezirken ist die angewandte Methode etwas anders. Man kann nicht garantieren, daß der Dorfkomitee aus Kommunisten besteht, da es im allgemeinen in den Dörfern keine Kommunisten gibt, aber wenn ich in den Dörfern frage, wie sie in der Wollst oder dem Gouvernements vertreten seien, wurde mir immer geantwortet, daß sie überhaupt nicht vertreten seien. Sie konnten dies nicht unterlassen, und es ist vielleicht übertrieben. Aber alle stimmten darin überein, daß, wenn sie einen nichtkommunistischen Vertreter wählten, dieser keinen Satz für die Eisenbahn erlangen und daher nicht an dem Wollst- oder Gouvernementskomitee teilnehmen könnte.“

Der Steuerkrieg in Schwaben.

Die Betriebsräte gegen die Regierung.

Obgleich die unabhängigen Sozialisten den Generalstreik als Demonstration gegen die wegen Verweigerung des Steuerabzuges vorgenommene Schließung der großen industriellen Betriebe abgelehnt haben, hat eine Versammlung der Betriebsräte mit 1450 gegen 50 Stimmen einen Antrag angenommen, in welchem

1. die sofortige Zurückziehung der Polizeieinheiten aus den Betrieben,
 2. die Wiedereinstellung aller Ausgesperrten, und
 3. die Bezahlung der Arbeitstage während der Stilllegung der Betriebe
- verlangt wird. Erst wenn diese Forderungen angenommen werden, wird mit der Regierung in Verhandlungen über den Steuerabzug eingetreten, andernfalls in den verschärften Generalstreik eingetreten.

Es scheint hiernach, als wolle der Bolschewismus, auf dessen Fernhaltung sich die Schwaben bisher so gut taten, jetzt seinen Einzug auch nach Württemberg halten.

Gewerkschaften gegen Betriebsräte.

In Stuttgart war am Samstag alles ruhig. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat den Mitgliedern der ihm angeschlossenen Verbände mitgeteilt, daß der Generalstreikbeschuß der Betriebsräteversammlung für sie nicht verbindlich sei, da Beschlüsse von derartiger Tragweite nicht von einer politisch beeinflussten Versammlung der Betriebsrätevertreter abhängig gemacht werden können.

Seit Samstag morgen hat die Gas- und Wasserversorgung ausgesetzt. Auch die Straßenbahnen verkehren nicht mehr. — Auf das Land hat die Streikbewegung nicht übergreifen; nur in Ravensburg ist der Generalstreik erklärt worden. Die Organisationen der Verkehrsbeamten haben beschlossen, daß der Verkehr mit allen Mitteln aufrecht erhalten werden soll.

Der Steuerabzug bei der Lohnzahlung.

Wenn die radikalste Linke etwas verlangt, klappt die heutige bürgerliche, durch den rein sozialistischen preussischen Bremsblock gelähmte Reichsregierung ebenfalls zusammen, ebenso, wie es ihre halb- und dreiviertelsozialistische Vorgängerinnen getan haben. So ist der Appetit der Ultraradikalen auf immer neue Siegesgerichte ins Grenzenlose gewachsen. Der große Sieg der radikalen Eisenbahner in der Frage der Wassertransporte, bei denen der Regierung die Verfügung über die Eisenbahnen glatt aus der Hand gewunden worden ist, setzte der ganzen Bewegung die Krone auf.

Jetzt aber hat die Regierung einen Vorstoß abzuwehren, bei dem es ihr an die Nieren, nämlich an den Geldbeutel, an die Reichskasse, die Steuerkasse, geht, und da hört die Gemütslichkeit auf. Die Reichsfinanzverwaltung hatte, als sie die Erhebung der Einkommensteuer bei der Lohnzahlung ins Gesetz brachte, all die Einziehungsschwierigkeiten der Steuer bei den früher durchweg viel zu niedrig veranlagten Arbeitern vermeiden wollen; im Hintergrunde schwebte bei einem Teile der damaligen Regierung die Möglichkeit der

Abwälzung der Steuer auf die Arbeitgeber. Es ist sogar nachweisbar, daß diesen Kreisen der damaligen Regierung nahestehende Faktoren der Arbeiterbewegung in ihren Kreisen diese Abwälzparole ausgegeben hatten.

Jedenfalls ist der Versuch, die Steuer abzuwälzen, vielfach gemacht worden, und dabei ist es dann zu Zusammenstößen gekommen, wobei eine ganze Reihe von Arbeitgebern und deren Angestellten mißhandelt und verwundet worden ist. Die Regierung hat gegenüber diesen Ausschreitungen nur bittend-stehende Kundgebungen zur Hand gehabt. Die Arbeitgeber blieben ihrem Schicksale überlassen. Man erschwerte ihnen das ohnehin schon ärgerliche Klebgeschäft höchstens noch durch ganz unübersehbare, aus mehreren Gesetzesänderungen zusammenzufassbare verwickelte Abstufungen, die insofern ganz zwecklos waren, als die höheren Steuerklassen ja schließlich auch von der Steuereinzahlung auf normale Wege erschaßt waren.

Nur eine Regierung hat jetzt, und damit kommt die Sache allgemein in Fluß, sich zu gewaltsamer Abwehr gezwungen gesehen: die württembergische. Dort ist es bei den Daimlerwerken und darnach bei einigen anderen Werken zu schweren Ausschreitungen gekommen, worauf die Regierung des Schwabenlandes, die sich durch ihre bestimmte Entscheidung die Bolschewisten am besten in Deutschland vom Halse zu halten verstanden hat, mit Waffengewalt eingegriffen hat.

Dort tobt nun der Kampf.

Durch die Schließung der drei großen Industriebetriebe wurden 15–16 000 Arbeiter ausgesperrt. Die Betriebsräte beschloßen, mit der Regierung so lange nicht zu verhandeln, bis die Sicherheitspolizei aus dem mit Stacheldraht gesicherten Betrieben entfernt sei. In Esslingen wurde der Generalstreik erklärt. In Ulm ist es bisher nicht gekommen.

Während so die württembergische Regierung fest bei der Stange bleibt und den von der sozialdemokratischen Regierung Scheidemanns und Müllers geschaffenen Gesetzen Geltung zu verschaffen sucht, ist man in Berlin mit neuen Konzeptionen zur Hand.

Der Reichsminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß entsprechend dem Antrage des Volkswirtschaftsrates bis auf weiteres bezüglich des Steuerabzuges 1 von 10 vom Hundert folgende Erleichterungen eintreten:

1. Uebersteigt der abzugspflichtige Teil des Arbeitslohnes — auf das Jahr umgerechnet — den Betrag von 15 000 Mark, nicht aber den Betrag von 30 000 Mark, so sind bis auf weiteres von dem Teil des Arbeitslohnes, der auf das Jahr umgerechnet den Betrag von 15 000 Mark nicht übersteigt, 10 Prozent, von dem übrigen Teil des Arbeitslohnes 15 Prozent einzubehalten.
2. Vom Abzuge bleiben bis auf weiteres freie besondere Entlohnungen für Arbeiten, die über die für den Betrieb regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet wurden. Als regelmäßige Arbeitszeit gilt die Arbeitswoche zu 6 Arbeitstagen, der Arbeitsmonat zu 25 Arbeitstagen und das Arbeitsjahr zu 300 Arbeitstagen.
3. Sonntags- und Ueberstundenarbeit bleibt also vom Steuerabzug frei und es tritt für die Einkommen von 15 000 bis 30 000 Mark eine Milderung insoweit ein, als auf die ersten 15 000 Mark nur 10 Prozent in Abzug kommen.

Man sollte doch endlich einmal einsehen, daß die „Annullentheorie“ ohne Reibungen nur durchzuführen ist, wenn die Erhebung möglichst einfach geschieht. Wieviel, denkt die Regierung wohl, Verstöße gegen das Gesetz werden die Betriebsräte auf Grund dieser unübersehbaren Verordnungseinzelheiten durchdrücken?

Gegenwehr des Bürgertums.

Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ regt ein Reichsanwalt die Frage an,

„ob der Steuerstreik des größten Teiles der Bevölkerung dem anderen Teile das Recht gibt, so lange die Steuern zu verweigern, bis die praktische Durchführung der gesetzmäßigen Arbeiterabgaben gewährleistet ist. Genau so wie der Staat eine Einheit darstellt, stellt auch die Gesamtheit der Steuerzahler eine Einheit dar. Die Gleichmäßigkeit der Belastung nach Maßgabe des wirtschaftlichen Könnens ist in der Reichsverfassung zugesichert und wird erfüllt in dem Augenblick, in dem ganze Teile der Bevölkerung sich ihren Steuern zu entziehen suchen auf Kosten des übrigen Teiles. Es geht nicht an, daß die wenigen Unternehmer letzten Endes all das aufbringen sollen, was die Arbeiter seit Jahren völlig verweigern.“

Wir möchten eine Probe auf das Exempel nicht entbehren. Gegenüber den Bürgern würde die Regierung schon entsprechende Handhaben finden.

Politische Rundschau.

— Berlin, 28. August 1920.

— Der Außenminister Dr. Simons hatte in München mehrere Besprechungen mit Dr. Mayer, dem deutschen Botschafter in Paris.

— Der neue spanische Botschafter, Herr Soler y Guardiola, ist am Sonnabend in Berlin eingetroffen.

— Das Reich und Bayern. Ueber die Unterredung zwischen dem Reichsminister des Innern Dr. Simons und dem bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr weiß die „München-Augsburger Abendzeitung“ zu berichten, daß die Minister sich über alle schwebenden Fragen der inneren und äußeren Politik ausgesprochen, wobei die Schwierigkeiten, die sich überall darboten, eingehend erörtert wurden. Auch die Frage des Bolschewismus, und insbesondere des Nationalbolschewismus, war Gegenstand eingehender Besprechung. Ferner kam man auch auf die Einwohnernutzen und die Orgesch zu sprechen, wobei Dr. Simons die besonderen Verhältnisse in Bayern klargestellt wurden, für die er volles Verständnis zeigte.

— Brandmarlung von Betrügern. Die Münchener Polizeidirektion will in Zukunft durch öffentliche Brandmarlung alle Personen an den Pranger stellen, die der Entente-Kommission in Bayern Angeberdienste leisten. Mit der Veröffentlichung der Namen solcher Betrüger ist bereits begonnen worden.

In Bayern hat man somit nicht mehr vor, sich weiterhin von landesverräterischem Pöbel schädigen zu lassen. — Bayern in Deutschland voran!

— Die Umbildung der „Länder“. Die „Kölnische Volkszeitung“ stellt mit Verwunderung fest, daß die Reichsregierung sich, unbeschadet des Vorgehens der einzelnen „Länder“, wie man heute die deutschen Einzel-

staaten nennt, dazu entschlossen habe, die inneren von der Nationalversammlung geforderte Zentralstelle zur Bearbeitung aller Fragen, die sich aus der Ausführung des 18. der Reichsverfassung (Umschreibung der Länder) ergeben, zu errichten. — Im Rheinlande ist danach der Gedanke des „Los von Berlin“ nicht eingeschlafen.

— Keine Vertenerung der Lebenshaltung. Von den Arbeitern der Eisener Metallindustrie sind letzten neue Lohnforderungen eingereicht worden. Der Schlichtungsausschuß hat nunmehr diese Forderungen abgelehnt mit der Begründung, daß die Lebenshaltung in der letzten Zeit im allgemeinen keine Vertenerung erfahren habe. Auch der zehnprozentige Steuerabzug könne eine neue Lohnerhöhung nicht rechtfertigen.

— 4. Klasse in Schnellzügen ist kürzlich verlangt worden. Dazu macht jetzt die Eisenbahnverwaltung folgendes geltend:

„Bisher ist ein derartiges Projekt noch nicht in Betracht gezogen worden. Es stehen seiner Ausführung Schwierigkeiten entgegen, die vorläufig unüberwindlich erscheinen. Die Wagen der vierten Klasse müßten, um an D-Jüge angehängt werden zu können, vollständig umgebaut werden. Vor allen Dingen sind sie zu leicht. Die D-Zugwagen weisen vier bis sechs, die Wagen vierter Klasse hingegen nur zwei, höchstens drei Achsen auf. Hieran abgesehen, müßte auch die Innen- und Außenform der Wagen vollständig geändert werden. Die Einführung der vierten Wagenklasse im D-Zug würde sogar einen Neubau mehrerer tausend Wagen vierter Klasse bedingen. Daß ein solcher innerhalb der nächsten Jahre nicht durchgeführt werden kann, liegt bei dem herrschenden Materialmangel, den hohen Baukosten und den finanziellen Schwierigkeiten, unter denen die Eisenbahnverwaltung zu leiden hat, auf der Hand.“

Die finanziellen Schwierigkeiten werden wohl auch jetzt wieder den Ausschlag geben. Die haben sicher diesen Fortschritt verhindert und verhindern ihn auch jetzt wieder, obgleich wir doch jetzt unter einem Regime leben, dessen Träger ehemals die 4. Klasse in Schnellzügen so laut wie möglich verlangt haben.

Die Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine vom 24. August datierte und sofort gültige Verordnung der Reichsregierung, die die Aufhebung der Zwangswirtschaft der Kartoffeln nunmehr anordnet. Von der Verordnung über die Versorgung mit Herbstkartoffeln aus der diesjährigen Ernte bleiben nur die Vorschriften in Gültigkeit, die sich auf die abgeschlossenen Lieferungsverträge beziehen. — Ferner gibt die neue Verordnung dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft das Recht, über das Verarbeiten von Kartoffeln in Brennereien, Trocknerien und in Stärkefabriken Bestimmungen zu erlassen, und es sogar zu verbieten.

Die Zwangswirtschaft ist somit schon von heute ab, nicht erst vom 15. Septbr. ab, aufgehoben. Das ist ein sehr geschickter Zug des Ernährungsministers gewesen, der alle Anerkennung verdient. Wir sind jetzt mitten zwischen der Früh- und der Späternte, der Pannet kann somit zu einer natürlichen Preisgestaltung entwickeln. Wäre die Aufhebung zum 15. September erfolgt, dann wäre bis dahin alles zurückgefallen und ein künstlicher Ueberpreis gebildet worden. Dem ist jetzt ein Riegel vorgeschoben worden.

— Die ungeheuren Kosten der Zwangswirtschaft. Auf dem Verbandstag der Bäckermeister Mitteldeutschlands in Frankfurt am Main wurde festgestellt, daß allein die Herstellung der Brotkarte jährlich eine Milliarde verschlingt und die Zwangswirtschaft 14–15 Milliarden jährlich kostet.

— Landeseinkommensteuern dürfen noch bis zum 30. September 1920 erhoben werden, soweit diese Steuern zur Deckung von Umlagen erforderlich sind, die von den Kommunalverbänden zur Deckung von Bedürfnissen des Rechnungsjahres 1919 vor dem 1. Juli 1920 beschlossen worden sind.

— Ein schwäbischer Freistaat? Die Landeskonferenz der württembergischen sozialdemokratischen Gewerkschaften nahm eine Entschließung an, in der die unverzügliche Zusammenlegung der Länder Württemberg, Baden und Hohenzollern zu einem Freistaat als dringend notwendig bezeichnet wird.

— Der 34. Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag findet am Mittwoch, dem 15., und Donnerstag, dem 16. September in Köln im Gürzenich, Martinstraße 29–31, statt. Das Programm sieht die Besprechung aller wichtigen beruflichen und organisatorischen Fragen vor.

Rundschau im Auslande.

Irland: Vor einem irischen Aufstand.

— Wie das Londoner Sensationsblatt „Daily Mail“ aus der irischen Hauptstadt Dublin berichtet, soll der Hunger-tod des Oberbürgermeisters von Cork das Signal zu einem allgemeinen Aufstand der irischen Nationalisten gegen die Engländer sein. Es sei schon heimlich die Parole zur Ermordung aller englischen Soldaten und Beamten und schließlich auch aller in Irland weilenden britischen Staatsangehörigen ausgegeben worden.

Der britische Kommandant hat den verschärften Belagerungszustand über Cork verhängt und das Standaerlicht eingelegt.

Rumänien: Ein sozialistisches Kabinett.

— Der Meldung, daß in Rumänien ein bolschewistischer Aufstand ausgebrochen sei, folgt die Meldung, daß die Regierung Moarescu gestürzt worden sei, die Regierungsbildung habe der Sozialist Florescu übernommen, der ein rein sozialistisches Kabinett bilden wolle.

Ukraine: Bolschewismus.

— Nach in Kaschan an der obersteilischen Grenze in der Tscheko-Slowakei eingelaufenen Meldungen soll in Ostgalizien die Räterepublik ausgerufen worden sein. Der Sitz dieser ukrainischen Republik der sozialistischen Sowjets ist Stanislaw. Von der Grenze wird mitgeteilt, daß die ukrainische Rote Armee 50 Kilometer von der tschecho-russischen Grenze entfernt ist. Die neue Räteregierung hat unter Androhung der Todesstrafe den Grenzübertritt aus Ostgalizien in tschecho-slowakisches Gebiet verboten.

Persien: Bolschewistischer Imperialismus.

— Nach vorgefundenen Papieren bei einem russischen Stabsoffizier haben die Russen einen groß angelegten Plan entwickelt, Persien zu überfallen und die Hauptstadt Teheran zu erobern. — Inzwischen freilich sind sie aus Mesopotamien an der Nordküste Persiens vertrieben worden. Mit diesem Plane hat es somit sicher noch gute Weile.

Mexiko: Neue Wirren.

— In der mexikanischen Armee zeigt sich eine stärkere Tendenz zu politischer Betätigung. Ein bolschewistischer Aufstand in Compeche wurde mit schwerer Wunde unterdrückt.

Lothales und Provinzielles.

Geisenheim, 31. Aug. Am Samstag Nachmittag 5 Uhr traf, von Johannisberg kommend, der hochwürdige Herr Bischof Dr. Augustinus Kilian in unsere Stadt ein, um darin für einige Tage Aufenthalt zu nehmen und um hier das Sakrament der Firmung zu spenden. Eine Prozession der kirchlichen und weltlichen Behörden, Vereine und Schulführer waren dem Kirchenfürsten entgegengezogen und geleiteten ihn durch die mit Girlanden und Fahnen reich geschmückten Straßen zur Kirche und dann zum Pfarrhaus. Samstag Abend fand dann ein Fackelzug statt, der durch die Vereine eine sehr große Teilnehmerzahl aufwies. Vor der Kirche hatte der Herr Bischof Aufstellung genommen, bald darauf trat auch der Fackelzug ein, der sich in der Landstraße aufgestellt hatte. Der Marktplatz war rasch von hundertten von Fackeln und Lampen erleuchtet und belebt. Die Musikkapelle intonierte das Niederländische Dankgebet, ihr folgte der verstärkte Kirchenchor, der unter Leitung des Herrn Lehrer Burgen den Bischof mit dem Chor „Gott grüße Dich“ begrüßte. Nachdem die Löhne des schönen Liedes verklungen waren, richtete Herr Rektor Janßen Worte der Begrüßung an den Kirchenfürsten, der sich in längeren Ausführungen für den herzlichen Empfang in Geisenheim bedankte. Am Schlusse seiner Rede erteilte er den bischöflichen Segen. Unter dem Ausleuchten von Fackeln und bei den farbigen Lichtstrahlen des bengalischen Feuers löste sich der Fackelzug unter den Klängen der Musikkapelle auf. Am Sonntag spendete der Herr Bischof in der Kirche das Sakrament der Firmung. Am Montag stattete er der Ursulinschule einen längeren Besuch ab. Auch sonst zeigte er für die hiesigen Schul- und kirchlichen Verhältnisse reges Interesse. Am heutigen Dienstag geht seine Reise weiter und zwar nach Stephanshausen.

Geisenheim, 31. Aug. Das gestern durch Herrn Gerichtsanwalt Daniel vorgenommene Immobilienaußgebot, das wiederum steigende Güterpreise zeigte hatte folgendes Ergebnis, Johann Arzbach Erben: Wohnhaus Blaubachstraße 19/100 Mark an August Flach. Acker in der Eckergrub die Rute zu 151 Mark an Wendlin Hühner. — Philipp Walther Erben: Weinbergswald auf der Kirchgrube die Rute zu 141 Mark an Weinbändler August Neubaus.

KA Geisenheim, 28. Aug. Es wird wohl allgemein bekannt sein, daß infolge der Vierung an die Ältesten gemäß dem Abkommen von Spa die deutsche Kohlenversorgung außerordentlich gefährdet ist und daß nicht mit ausreichender Vierung für den kommenden Winter gerechnet werden kann. Umso notwendiger ist es, daß die Bevölkerung Gebrauch macht von der Möglichkeit des Bezuges von Rohbraunkohlen, die bis auf weiteres ohne Bezugschein zur Abgabe gelangen. Wie wir hören, ist die Frage in einer Versammlung der Bürgermeister des Rheingaukreises gestern nochmals eingehend erörtert und es ist dabei darauf hingewiesen worden, daß seitens der Kreisverwaltung alles geschehen ist, um diese Braunkohlen der Bevölkerung des Rheingaukreises zuzuführen. Wenn die Kreiseinwohner von der Möglichkeit, sich ohne Beschränkung auf bestimmte Mengen Hausbrand in Gestalt von Braunkohlen für den kommenden Winter zu besorgen, jetzt keinen Gebrauch machen, so haben sie sich im Falle der Nichtlieferung anderer Brennstoffe während des Winters die Folgen selbst zuzuschreiben. Es ist ersichtlich, daß eine gewisse Abneigung gegen die Verwendung von Braunkohlen besteht und zwar umso mehr, als während des Krieges häufig minderwertige Kohlen (Gruß usw.) geliefert wurde. Vorliegend ist aber Gewähr für die Vierung von Stückkohlen gegeben. Bestimmungen nehmen, wie wir zum Schluß noch anführen wollen, die Gemeindebehörden oder der ortsansässige Handel entgegen.

Geisenheim, 31. Aug. „Die Rheingauwerke schreiben uns, daß die Kohlenlieferungen in der letzten Zeit zufolge der Spärrückstellungen wesentlich schlechter geworden sind. — Die Einschränkungsmaßnahmen werden daher wieder in Erinnerung gebracht und sind strengstens zu beachten.“

Geisenheim, 31. Aug. Am Freitag den 27. Aug. 1920 hat der Philharmonische Verein für die Winter Saison 1920/21 mit seinen Proben wieder begonnen, welche jetzt wieder regelmäßig freitags im großen Saal des Hotel Germania zu Geisenheim stattfinden. Anwesend waren 19 Mitwirkende und konnte in Folge dessen sofort mit der Einstudierung begonnen werden, wobei sich schon ein recht reges Interesse bei den Mitwirkenden zeigte. Zur Vorbereitung ist beabsichtigt ein Konzert, bei welchem der erste Teil klassische Musik und der zweite Teil moderne Musik darstellt und kommt unter anderem die Militär-Sinfonie von Haydn. Ouvertüre „Zur weißen Dame“ von Boildieu, Stradella-Ouvertüre von Flotow zum Vortrag. Mitin also sehr abwechslungsreiche Musik für die Zuhörer, aber bis dahin auch ganz entschieden sehr anregend für die Einstudierenden. Allen Musikausführenden wird hiermit nochmals dringend ans Herz gelegt, obiger Sache sich anzuschließen. Den Anfänger in der Musik ist gute Gelegenheit geboten, bei den Probeabenden bei streng regelmäßigem Besuch daselbst etwas zu lernen und sich zu vervollkommen, die in Musik Vorgeführten oder die schon langjährig Musik ausführen, finden daselbst Anregung und Unterhaltung. Die bei der Gründung des Vereines angenommene Richtung, nur gute Orchestermusik zur Einstudierung zu bringen und diese bei einigermaßen vollenbesten Zusammenspiel in einem Konzert den Angehörigen und Freunden des Vereines vorzuführen, wird auch für die Saison wieder durchgeföhrt und zwar werden die evtl. Reinerträge Wohltätigkeitszwecken zugewiesen. Ganz besonders ist noch hervorzuheben, daß in der Harmonie die ersten Stellen durchweg vertreten sind, dagegen würde der Verein sehr begrüßen, wenn für das Streichchor sich noch Musikfreunde für Violine, Viola und Cello einfinden würden. Die Direktion liegt jetzt in den wertvollen Händen des Realschullehrer Herr Symantzy; dessen feines kunstsinntiges Verständnis für Musik dem Verein sehr zu statten kommt. Als letztes soll nicht unerwähnt bleiben, daß in allen Orchester-Vereinen wie Frankfurt, Mainz, Stuttgart usw. die aktiven Mitglieder allen Ständen angehören und nur die Liebe zur Musik ist für die Mitwirkenden die Lösung, alles andere wird diesem

edlen Zweck hinterangestellt. Auch die Aktiven-Mitglieder des Philharmonischen Vereines Rheingau bestehen, in (alphabetischer Reihenfolge genannt) aus Arbeiter, Beamten, Doktoren, Geschäftstreibern, Handwerkermeistern, selbständigen und abhängigen Kaufleuten, Lehrern etc. und unter dieser Berücksichtigung möge kein Musiktreibender säumen, diesem Verein sich anzuschließen. Vielfach wirken auch in gleichen Vereinen anderer Städte Damen aktiv mit und werden auch diese von dem Verein stets willkommen geheißen.

Geisenheim, 31. Aug. (Turnerisches). Kommenden Sonntag, den 5. September, findet in Viebrich auf dem Duderhoffplatz das vollständige Wettturnen des Turngaues Süd-Nassau statt. Für die Turner ist ein Fünfkampf, für die Turnerinnen ein Dreikampf angesetzt. Ferner finden leichtathletische Wettkämpfe statt im Diskuswerfen, Speerwerfen, Kugelstoßen aus dem Ring (20 Pfund), Schleuderball, Wettlauf über 50 und 100 Meter, Freihoch ohne Brett über eine Holzlatte, Stabhochsprünge, Stafettenlauf, Zaubringen aller Gewichtsklassen. Eine sehr große Anzahl von Anmeldungen aus allen Vereinen des Turngaues Süd-Nassau liegen vor; höchst spannende Wettkämpfe sind zu erwarten.

Geisenheim, 31. Aug. Nach Mitteilung des Kreisverband für Handwerk und Gewerbe im Rheingaukreise wird Herr Friedrich Siegfried, vereidigter Bücherrevisor von Eltville am Donnerstag den 2. September, nachmittags 5½ Uhr im Saalbau „Rathmann“, Mittelheim über das Thema sprechen: „Wie muß ich meine Steuererklärung zum Reichsnotopfer abgeben?“ Alle Handwerker, Gewerbetreibende und Interessenten werden hiermit auf dieses wichtige Kapitel aufmerksam gemacht und der Besuch dringend empfohlen.

Entlassungen in Betrieben mit weniger als 20 Arbeitnehmern. Es sind wiederholt Zweifel darüber entstanden, ob dem Betriebsobmann oder dem einzelnen Arbeitnehmer in Fällen, in denen kein Arbeiter- oder Angestelltenrat nach dem Betriebsrätegesetz vorgehender ist, das Recht zusteht, den Schlichtungsausschuß anzurufen, wenn ein Mitglied dieses Betriebes gegen seine Entlassung Einspruch erhebt. Der Reichsarbeitsminister hat hierauf, wie die „Zeit.“ erfährt, folgende Auskunft erteilt: „In Fällen, in denen keine Arbeiter- oder Angestelltenräte vorhanden sind, kann der Obmann oder mangels eines solchen die Arbeitnehmerschaft den Schlichtungsausschuß nur, wenn die Kündigung zum Anlaß einer (allgemeinen) Arbeitslosigkeit geworden ist, zur Vermittlung, nicht zur verbindlichen Entscheidung anrufen.“

Metallband für Pakete. Die Frist, bis zu der Metallband zum Umschnüren der Postpakete verwendet werden darf, ist vom Reichspostministerium bis zum 31. März 1921 verlängert worden, damit Paketversender die noch vorhandenen Vorräte an Metallband möglichst aufbrauchen können.

Eltville, 28. Aug. (Verwalter Rohmann +) Nach kurzem, aber schwerem Leiden, verschied bei einer Operation der hier so beliebte und geschätzte Verwalter der umfangreichen Gräf. Eltschen Güter, Herr Adam Rohmann, im rüstigen Mannesalter von 57 Jahren. Blöblich zwang eine tödliche Krankheit, Mittelohrentzündung, diesen großen, stattlichen Mann sein arbeitsreiches, gesegnetes Leben aufzugeben. Was er seinen Hinterbliebenen war, werden die Schwägerpräten wissen. Nicht nur sie allein werden trauern um ihren lieben Dahingegangenen, sondern das gesamte gräfliche Haus und die Verwaltung mit ihren Angestellten werden den immer unermüdet tätig gewesenen nicht nur betrauern, sie werden es schmerzhaft fühlen, die so jäh gerissene Lücke, deren intensives weitaussehendes Wirken und Schaffen keine Grenzen kannte. Sehen wir weiter über die Grenzen unserer engeren Heimat, sein Name hat guten Klang, Ehre und Ruh. In Weinbau und landwirtschaftlichen Kreisen war eine Größe des Könnens und Wissens, eine Größe, die in diesem Fach selten ist und nie erlöschen wird. Einen großen Trost für die Hinterbliebenen ist es, daß eine schier unermessliche Zahl von Freunden mit ihnen trauern um den nun in Gott ruhenden lieben, treuen Freund. Solche charaktervolle Männer, die in ihrem Leben durch unermüdeten Fleiß große Erfolge errangen, die den geraden Weg gingen, ganz gleich ob Rosen oder Dornen ihn bestreuten, hat Gott der Herr in letzter Zeit schon so viele abgerufen. Er weiß, daß jene Männer, die den dornenvollen Weg des Lebens gegangen, eines Besseren belohnt werden müssen als unsere heutige Zeit es Ihnen geben kann. Seine Kinder, seine schon herangewachsenen Söhne mögen das Wirken und Streben ihres ehrenhaften Vaters vor Augen halten, würdig nachahmen und so den Ruhm und Ruf dieses Namens weiter erhalten. R. i. p. (Rheing. Beob.)

Mainz, 27. Aug. Das seit ungefähr einem Jahre als Flugplatz durch die Besatzungsarmee beanspruchte Kulturland in der Gemarkung Wackenheim in Größe von ungefähr 150 Hektar wird den Besitzern zurückgegeben, da der Flugplatz mit dem 1. September von Wackenheim nach dem früheren deutschen Exerzierplatz Großer Sand bei Mainz, der schon vor und während der Kriegsjahre für Flugzeuge benützt war, verlegt wird.

Neueste Nachrichten.

TU Essen, 31. Aug. In der gestrigen Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Ruhrkohlenbergbaues mit dem Zechenverband wurde die vom Zechenverband vorgeschlagene Verteilung der Ueberarbeit im Bergbau auf die einzelnen Werkzeuge in der Woche abgelehnt. Bezüglich der bisher gewährten Zulage von M. 4,50 pro Schicht auch für die nächste Zeit durch die Arbeitgeber soll in einer weiteren Verhandlung Beschluß gefaßt werden. Weiteren Mehrforderungen gegenüber wurde von Arbeitgebern erklärt, daß sie weiter keine finanzielle Zugeständnisse machen könnten, bevor nicht die Frage der Kohlenpreiserhöhung erledigt sei.

TU Stettin, 31. Aug. Durch den Regen der letzten Tage ist die ganze Oder-Niederung überschwemmt. Die Gemüse- und Wiesensfelder bilden eine einzige Wasserfläche. Die Keller der Häuser stehen unter Wasser. Die Chaussees sind für den Fahrverkehr teilweise unterbrochen. Das bereits gemähte Heu schwimmt die Oder abwärts. Der Schaden dürfte sehr bedeutend sein.

TU Stuttgart, 31. Aug. Im Laufe des heutigen Tages hat der Generalstreik im wesentlichen an Ausdehnung gewonnen. Die Arbeiterschaft von Tübingen, Göppingen, Heidenheim, Reutlingen und einigen anderen kleinen Städten haben sich der Generalstreikparole angeschlossen, dagegen hat Ulm den Eintritt in den Streik abgelehnt. In Stuttgart haben auch die Gastwirtschaftsbetriebe den Streik angeschlossen. Die Gastwirtschaftsbetriebe und Kaffees geben aber trotzdem weiter. Das städtische Gaswerk hat heute unter Mitarbeit der „Technischen-Hilfskräfte“ den Betrieb wieder aufnehmen können. Wegen der immer noch andauernden Erregung unter der Arbeiterschaft ist eine Reihe von öffentlichen und wichtigen Gebäuden unter militärischen Schutz gestellt worden. Morgen Dienstag, vormittags 11 Uhr beginnen unter dem Vorsitz der Staatsregierung die mündlichen Verhandlungen zwischen der Streikleitung und den Arbeitgeber-Organisationen über die Voraussetzungen, bezw. die Bedingungen für eine Beilegung des Generalstreiks.

TU München, 31. Aug. Der bayrische Städtetag ist gestern in München zu einer Beratung der Ernährungslage zusammengetreten. Zur Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Vieh- und Fleischversorgung wurden folgende Richtlinien angenommen. Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Vieh- und Fleischbewirtschaftung zu erwartende Preiserhöhung kann nur vermieden werden durch Einfuhr ausländischer Fleischwaren, die in genügender Menge eingeführt werden müssen, damit sie zu angemessenen Preisen bereit gestellt werden können, die Einfuhr hochwertiger Futtermittel ist zu fördern. Zur Sicherung der zukünftigen Fleisch- und Milchversorgung ist es unbedingt erforderlich, die Selbstbewirtschaftung der einzelnen Gliedstaaten schon für die Uebergangszeit zu errichten, durch die möglichst die Einfuhr von Vieh und Fleisch zu regulieren ist. Der Viehhandel soll der Konzeptionspflicht unterworfen werden.

TU Rattowitz, 31. Aug. Es ist vorläufig eine weitere Entspannung der Lage zu verzeichnen. Die bewaffneten Banden sind überall zurückgezogen. Der Verkehr kann unbehindert stattfinden. Die Belegschaften sind zum größten Teil wieder eingefahren, sodaß der Streik als beendet angesehen werden kann.

TU Genf, 31. Aug. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Im Zusammenhang mit der Truppenlandung im Kuban-Gebiet wurde durch General Wrangel eine zwischen ihm und den Verwaltungen der Don-Kuban-Terr., sowie Astrachan-Gebiete getroffene Vereinbarung veröffentlicht. Danach hat er die ganze Militärmacht Südrusslands in seinen Händen und ist Oberbefehlshaber über sämtliche dort befindlichen Streitkräfte. Eine gemeinsame auswärtige Politik, eine Mächtigkeits-, gleichmäßige Politik, sowie einheitliche Normen indirekter Besteuerung wurden eingeführt. Die Verhandlungen sind auf breiter autonomer Grundlage geführt worden. Das ganze Gebiet östlich von der Kaspischen Küste befindet sich gegenwärtig unter der Herrschaft der Wrangelschen Streitkräfte.

Schaf zu dir ein

Geisenheim a. Rh.
Mittwoch den 1. Septbr.
abends 8½ Uhr, im Hotel
Germania
Mitglieder-Versammlung.
Sehr wichtiger Angelegenheiten wegen werden alle Mitglieder gebeten, zu erscheinen.
Der Vorstand.

Diejenigen Mitglieder, die noch Schafe in ihren Ställen haben, werden gebeten, ihre Tiere bis kommenden Mittwoch der Herde zuzuführen. Vorherige Anmeldung beim Schafmeister, Herrn Hebauf, Biergasse, ist notwendig. Schafe von Nichtmitgliedern können unter gar keinen Bedingungen, auch nicht für einige Tage bei der Herde angenommen werden.

Geflügel-, Kaninchen- und Vogelzucht- u. Schutzverein Mittelrheingau

Diejenigen Mitglieder, welche vom Verein
Futter
wie Heu, Stroh und Kunkel-Häben beziehen wollen, können dies bis spätestens 8. Sept. bei Herrn Sprenger Gasthaus „Stolperer“ bestellen woselbst auch Auskunft erteilt wird.
Der Vorstand.

Turnerschaft Geisenheim von 1858.

Heute Dienstag Abend:
Turnstunde
Von 7—9 Uhr vollständig. Turnen für Viebrich.
Von 8—10 Uhr in der Halle Turnen der Aktiven und Ueben der Jüglinge für das Jugendwettturnen in Winkel.
Der Turnauschuß.

Samstag den 4. Septbr., abends 8½ Uhr, findet im Vereinslokal (Deutsches Haus) unsere ordentliche
Generalversammlung
statt, wozu die Mitglieder höflich eingeladen sind.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

„Cäcilia“ Geisenheim.

Vereinslokal Austr. Ober
Mittwoch Abend 8 Uhr:
Gesangstunde.
Bollständiges und pünktliches Erscheinen erwartet.
Der Dirigent.

Gesangverein Liederkrantz.

Donnerstag Abend 8 Uhr:
Gesangstunde.
Um pünktliches und vollständiges Erscheinen bittet
Der Dirigent.

Philharmonischer Verein Rheingau

Probe-Abend
Freitag 8 Uhr im großen Saale des Hotel Germania zu Geisenheim.
Musikausführende sind herzlich zur Mitwirkung eingeladen u. sehr willkommen.

F. I. Geisenheimer Fußballverein 1908

Heute Abend 8 Uhr:
Vorstands- und Spielausschuß-Sitzung
im Gasthaus Klein, Pfäzger.
Jeder Mann hat zu erscheinen.
Der Vorsitzende.

Täglich frische Wurst.

Frau Bach, Wwe.
Blaubachstr. 15.

Täglich frische Wurst

Karl Raich, Gastwirt

Bekanntmachung.

Der Herr Bezirkswohnungskommissar (Regierungspräsident) in Cassel hat mitgeteilt, daß nach dem Erlaß des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt vom 2. August das bisherige Freiberechtigungsverfahren für alle Arten von Baustoffen mit sofortiger Wirkung in vollem Umfange bis auf weiteres aufgehoben ist. Es fällt somit von jetzt ab die Vorprüfung durch die untere Verwaltungsbehörde wie die Nachprüfung durch die Baustoff-Beschaffungsstelle weg. **Anträge auf Baustoff-Freiberechtigungen sind nicht mehr erforderlich.** Von der Bewirtschaftung der Baustoffe bleibt die allgemeine Beschlagnahme von künstlichen Mauersteinen bestehen.

Die Preisfestsetzung und Kohlenzuteilung für die Ziegeleien wird weiterhin durch den Herrn Bezirkswohnungskommissar erfolgen.

Rüdesheim, den 20. August 1920.

Der kom. Landrat.
gez. Dr. Mülhens.

Wird hiermit veröffentlicht.

Geisenheim, den 28. August 1920.

Der Magistrat.
J. B.: Buchholz, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Die früheren Kadettenhäuser in Berlin-Lichterfelde, Naumburg, Köslin, Potsdam, Wahlstatt und Plön haben mit dem 10. März 1920 aufgehört zu bestehen und sind in **staatliche Bildungsanstalten** umgewandelt worden. Unter anderem können in diese aufgenommen werden Söhne von Gefallenen oder schwerverwundeten Kriegsteilnehmern, je nach Bedürftigkeit gegen ermäßigtes Schulgeld oder in Freistellen.

Lehrplan und Aufnahmebedingungen können im Rathaus, Zimmer 6, eingesehen werden, woselbst auch weitere Auskunft und Rat erteilt wird.

Anmeldungen sind zu richten an den geschäftsführenden Ausschuss der Oberleitung der staatlichen Bildungsanstalten in Berlin-Lichterfelde, Zehlendorferstr. 52.

Anträge um Zuweisung von Stellen für bedürftige Kriegserwaisen oder Söhne von bedürftigen Kriegsschädigten wollen durch die hiesige Stelle vorgelegt werden. Geisenheim, den 27. August 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat die Frist zur Abgabe der Steuererklärungen für das Reichsnotopfer und die Besitzsteuer bis zum 30. September d. Js. **verlängert.** An der Einhaltung dieser Frist muß unter allen Umständen festgehalten werden.

Rüdesheim, den 25. August 1920.

Finanzamt.

Wird hiermit veröffentlicht.

Geisenheim, den 31. August 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 1. September, vorm. von 8—12 Uhr und nachm. von 2—5 Uhr kommt im Wirtschaftsamt **Margarine**

zum verbilligten Preise von M. 8.50 das Pfund markenfrei zum Verlaufe.

Geisenheim, den 31. August 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Viehählung am 1. September 1920.

Die Viehählung erstreckt sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Rindvieh, (Kälber, Jungvieh, Bullen, Stiere, Ochsen, Milch- und Zugkühe), Schafe, Schweine und Ziegen nach Alter und Geschlecht.

Das in der Nacht vom 31. August bis 1. September vorübergehend (auf Reisen, Fahren pp.), abwesende Vieh ist bei der Haushaltung, zu der es gehört, mitzuführen. **Zählkarten werden nicht ausgegeben.** Durch die Zähler sind die Angaben der Viehhaltenden Haushaltungen in die Zählbezirkslisten einzutragen. Das Ergebnis von dem Eintrag ist von dem Haushaltungs-vorstand mündlich zu bestätigen.

Die Angaben über den Viehbestand dürfen nur zu amtlichen statistischen Arbeiten, nicht zu Steuerzwecken benutzt werden. **Wer wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil für den Staat verfallen erklärt werden.**

Auskunft über die Viehählung wird im Rathaus, Zimmer Nr. 6, vormittags erteilt.

Es wird ersucht, die Herren Zähler bei der Zählung zu unterstützen.

Geisenheim, den 26. August 1920.

Der Magistrat.

J. B.: Buchholz, Beigeordneter.

Nau & Bollenbach, Bingen

Rathausstraße 15 — Fernsprecher 506

empfehlen alle

Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korken, Kapseln, Kork- und Kapselmaschinen, Fassalg, Fasskitt, Hausenblase, Gelatine, Spunden, Spundlappen, Fassbleche, Fass- und Flaschenbürsten, Filtriermaterial etc.



Todes-Anzeige.

Heute Nacht entschlief nach längerem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, wohlversehen mit den heil. Sterbesakramenten, unser lieber, guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Herr Wilhelm Edel

Gutsbesitzer

im 76. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:

Jakob Edel
Anton Edel
Barbara Faust geb. Edel
Fritz Edel
Regina Edel

Grete Wagener geb. Edel
Maria Edel geb. Schabaram
Eva Edel geb. Henrich
Josef Faust
Michael Wagener

und Enkel.

Geisenheim, Offenbach, New-York, Kaisersesch, den 31. August 1920.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 2. September, nachmittags 4 Uhr, statt; das feierliche Seelenamt Freitag früh 7¼ Uhr.

Möblien-Versteigerung.

Freitag den 3. Sept. 1920, nachm. 2 Uhr

werde ich im Auftrage des Herrn Ludwig Obel dahier im Germania-Saal (Rath. Vereinshaus) folgende Möblien:

1 zweitüriger Kleiderschrank mit Wäsche-einsatz, 1 zweischläfriges Bett mit Sprung-rahme, dreiteil. Koffhaarmatratze, Deckbett und 2 Kissen, 1 Bett mit Sprungrahme, dreiteil. Koffhaarmatratze, noch neuer Bett-decke und Kissen, 1 Unterbett, 1 Nachtschrankchen, 1 Küchenanricht, 1 Küchenbrett, 1 Küchenstuhl zugleich Stellsleiter, 3 Wasch-bütten, 1 Obfleiter, Bilder, Spiegel, Gläser, Porzellan, Kaffeekannen, Gardinen, Galerien, Kleider, darunter ein fast noch neuer Frack, Messer, Gabeln, Köffel, Wäsche, darunter noch 6 neue nicht gebrauchte Tischtücher, Tischdecken, Bettdecken, Gebetbücher und dergleichen mehr

gegen gleich bare Zahlung meistbietend versteigern.

Geisenheim, den 31. August 1920.

J. Daniel, Gerichtskanzlist a. D.

Die Frhr. Ed. von Lade-Stiftung

läßt am Mittwoch den 1. Septbr. d. Js., nachmittags 5 Uhr, das

Grummet

auf den Rheindörfern und auf der Zwetschen-wiese in Monrepos an Ort und Stelle ver-steigern.

Geisenheim, den 30. August 1920.

Lange.

1000 bunte Haus- und Wirtschaftsschürzen

auch glattblau, gute Ware, Zellstoff, M. 7.50 das Stück

Probefendung ¼ Dhd. gegen Nachnahme.

2000 große Trägerschürzen mit Tasche

blauer Zellstoff, M. 8.— das Stück

Probefendung ¼ Dhd. gegen Nachnahme.

1000 Militärbett-Strohsäcke

haltbarer Zellstoff, M. 15.— das Stück

Probefendung 2 Stück gegen Nachnahme.

500 Rinderschürzen für das Alter von 1—5 Jahren

teilweise mit Vordereinfäßen und Verzierungen M. 4.—

das Stück. — ¼ Dhd. zur Probe gegen Nachnahme.

1000 Paar Hosenträger

haltbare Qualität, mit Gummi und Lederstreifen M. 3.—

das Paar. — Probefendung 2 Paar gegen Nachnahme.

10 000 große Säcke

geeignet für Kartoffeln, Futtermittel, Getreide, Rasse usw.

Nr. 906, 48x120 cm M. 6.50 d. St. haltbarer Zellstoff

" 23, 48x120 " " 7.— haltbarer Zellstoff

" 31, 50x110 " " 7.50 " fester guter Zellstoff

" 20, 50x120 " " 9.— ganz dicke feste Ware

¼ Dhd. zur Probe gegen Nachnahme. (Zellstoff.)

3000 Militärfuttermäntel (Fressbeutel)

besonders zum Abstreifen von Obst geeignet

sehr preiswert, guter Zellstoff, M. 2.75 das Stück

Probefendung 2 Stück gegen Nachnahme.

1000 Einkaufstaschen

Marttaschen, Damentaschen, Zugbeutel zc. teilweise mit wert-vollen Gefäßen und Handmalerei, Probepaket enth. 3 Stück

fortiert zusammen M. 7.50 gegen Nachnahme.

Eduard Schmidt, Mech. Näberei, Coburg 405.

Abgefeimte, rheinische Rohbraunkohlen

bester Ersatz für Bricketts und zur Streckung mit Kohlen, Koks und sonstigen Brennstoffen geeignet, liefert fuhrweise ohne Bezugs-schein und bittet Bestell-ungen sofort zu machen

Adam Vollmer,
Kohlenhandlung.

Eingetroffen:

4 Meter lange
Pflöcke,
Baumstüben,
Wachspflöcke,
Bretter u. Latten.
E. Dillmann.

Empfehle billigt

alle Sorten Obst, be-sonders Mirabellen, Reine-klauden, dicke Pflaumen und Zwetschen Tafelbirnen und Äpfel, Korbobst und Fallobst.

Neben allen einschlägigen

Gemüsen

empfehle frisch eingetroffen Lachsbüchlinge und alle Fischarten.

Holländer und Edamer Käse, Hand-Käse. Holl. Margarine u. Fette, Eier.

Wöchentlich 2 Mal

frische Hefe.

Frau B. Rothhaupt

Marttstraße.

Rübsamen

zu verkaufen bei

Franz Rückert

Winklerlandstr. 47.

Futtertröge und Raufen

Frau P. J. Klein Wwe,

Steinheimerstr. 5.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Bestes

Fussboden-Oel

per Liter Mk. 10.—

Gekochtes Leinöl

Terpentinöl, Sikkatif

Fußboden- und Möbel-Lacke

Oel- u. Erdfarben

Gyps, Kreide, Kalk,

Zement,

Pinsel, Bürsten, Broncen.

G. F. Dilonzi.

Äpfel

einige Zentner für später zu kaufen gesucht.

Näheres

Gasthof Scholl.

Umpressen

von Damenhüten

auf neueste elegante Formen

in tadelloser Ausführung.

Auch Herrenhüte können

zu Damenhüten umgepreßt

werden.

H. Lauferweiler

Bingen a. Rh. Salzstr. 5.

2 Fuderfässer frisch geleert

preiswert abzugeben.

Winkel Bgg., Hauptstr. 32

Elektrisches

Installations-Geschäft

für Licht und Kraftanlagen

Wilh. Kublmann

Hospitalstrasse 11.

Bauschule

Rastede i. Oldenbg.

Meister- u. Polierkurse, Eintritt

August, Oktober und Januar.

Ausführl. Programm Mk. 2.—.

Besuchskarten

liefern schnellstens

Buchdruckerei A. Jander

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der

Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.)

Exp.: Winkler Landstrasse 53b

Fernsprech-Anschluss Nr. 123.